

VERORDNUNG

des  
Regierungspräsidiums Tübingen zur Änderung der Verordnung  
zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes  
für die Grundwasserfassungen  
Hasenbrunnen, Ensisheimer Quelle, Beuroner Quelle,  
Großschmiedebrunnen, Neidinger Mühle, Langenbrunnenquelle,  
Langenbrunn und Hausen  
des Zweckverbands Wasserversorgung Hohenberggruppe,  
des Zweckverbands Heuberg-Wasserversorgung - rechts der Donau  
und der Gemeinde Beuron

vom 20. Januar 1993

Auf Grund von § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), des § 24 Abs. 1, § 96 Abs. 2 Nr. 2 und des § 110 Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung vom 25. Februar 1960 (GBl. S. 17) in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg vom 22. Februar 1988 (GBl. S. 55) wird verordnet:

§ 1

Die Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Grundwasserfassungen Hasenbrunnen, Ensisheimer Quelle, Beuroner Quelle, Großschmiedebrunnen, Neidinger Mühle, Langenbrunnenquelle, Langenbrunn und Hausen des Zweckverbands Wasserversorgung Hohenberggruppe, des Zweckverbands Heuberg-Wasserversorgung - rechts der Donau und Gemeinde Beuron vom 10. Mai 1989 (GBl. S. 282) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 Nr. 15 erhält folgende Fassung:

"15. Befördern wassergefährdender Stoffe; hiervon ausgenommen ist das Befördern auf klassifizierten Straßen und im schienengebundenen Verkehr und zur Versorgung bewohnter Anwesen im Außenbereich mit Heizstoffen sowie der Transport von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie Betriebsmitteln, soweit er dem Einsatz in der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft dient".

2. § 3 Abs. 1 Nr. 17 erhält folgende Fassung:

"17. Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe; ausgenommen den Tagesbedarf an Betriebsmitteln für Kleingeräte für die ordnungsgemäße Forstwirtschaft, sofern geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden."

3. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die örtlich zuständige untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
2. die Durchführung der Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder
3. die sofortige Durchführung der Vorschrift zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Gewässer nicht erwarten läßt.

§ 98 Abs. 3 WG bleibt unberührt."

4. § 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Für Handlungen innerhalb der im Schutzgebietsplan violett umrandeten Bereiche ist die Bundeswehr von den Verboten dieser Verordnung befreit, soweit die Verbotshandlungen zur unmittelbaren Sicherung des Verteidigungszweckes erforderlich sind. Die Bundeswehr ist verpflichtet, bei Maßnahmen, aus denen sich für das Grundwasser eine konkrete Gefährdung ergeben kann, vorher, grundsätzlich 14 Tage vor Durchführung der Maßnahme, die untere Wasserbehörde zu unterrichten. Soweit notwendig, unterrichtet die untere Wasserbehörde die betroffenen Wasserversorgungsverbände und die Gemeinde Beuron. Die Bundeswehr oder die untere Wasserbehörde können den fachlichen Rat einer Arbeitsgruppe einholen, die unter Vorsitz des Landratsamts Sigmaringen tagt. Eine Geschäftsordnung nennt die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe und regelt deren Geschäftsgang. Andere Handlungen, vor allem solche Maßnahmen der Bundeswehr, die sich gegen landwirtschaftlich bedeutsame Verbote richten, bedürfen der Befreiung im Einzelfall."

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Tübingen, den 20. Januar 1993

---

Dr. Gögler